

1 Erklärung zum Koalitionsvertrag vom 21.05.2021

2 Der Koalitionsvertrag "Ein neues Frankfurt gestalten" bündelt die Maßnahmen und Ziele von
3 Grünen, SPD, FDP und Volt für einen gemeinsamen Aufbruch in das Frankfurt von morgen.
4 Um eine vertrauensvolle und belastbare Zusammenarbeit in diesem neuen Bündnis über
5 einen Zeitraum von fünf Jahren zu ermöglichen, wurde zwischen den Partnern vereinbart,
6 den Mitgliedern aller Parteien den Vertragsentwurf zur Genehmigung vorzulegen. Die
7 Mitglieder von Grünen, SPD und Volt haben dem Koalitionsvertrag mit großer Mehrheit
8 zugestimmt; die Kreismitgliederversammlung der FDP sieht den Bedarf von Ergänzungen
9 insbesondere im Bereich nachhaltiger Finanzpolitik, der Rechts- und Innenpolitik sowie der
10 Mobilität.

11 Verbindliche Grundlage unserer Zusammenarbeit ist der Koalitionsvertrag. Dies
12 vorausgeschickt, vereinbaren die Koalitionspartner dazu die vorliegende verbindliche
13 Erklärung:

14

15 Frankfurt steht vor großen Herausforderungen. Unser Ziel ist eine moderne, offene und
16 lebenswerte Metropole im Herzen Europas, in der alle Bürgerinnen und Bürger ihr Leben
17 selbstbestimmt, verantwortungsvoll und frei gestalten können.

18 Dabei schafft nur eine wirtschaftlich, finanziell, sozial und ökologisch nachhaltige Stadtpolitik
19 die Voraussetzungen für unseren generationengerechten und nachhaltigen Anspruch.

20 Nachhaltige Finanzpolitik

21 Eine finanziell nachhaltige Stadtpolitik verfolgt das Ziel, nachkommenden Generationen
22 keine hohe Verschuldung und keinen Investitionsstau zu hinterlassen. Ausgeglichene
23 Haushalte sind der Anspruch solider Finanzpolitik. Vor diesem Hintergrund steht auf der
24 Basis einer konsolidierenden Haushaltspolitik die Umsetzung aller Maßnahmen unter
25 allgemeinem Finanzierungsvorbehalt gemäß den Vorgaben der Hessischen
26 Gemeindeordnung. Übereinstimmung herrscht weiterhin in dem Ziel einer Finanz- und

27 Haushaltsehrlichkeit, die eine tragfähige mittelfristige Finanzplanung verfolgt. Neben dem
28 ausgeglichen zu führenden Ergebnishaushalt gilt es verantwortungsvoll zu investieren und
29 vor dem Hintergrund der Pandemie auch zukünftige Einnahmeentwicklungen im Blick zu
30 behalten. Die Koalition strebt ab 2024 unter der Annahme, dass die gesamtwirtschaftlichen
31 Rahmenbedingungen und die Erholung von den Corona-Effekten dies möglich machen
32 werden, ausgeglichene Ergebnishaushalte an. Die bisherigen Entnahmen aus den Rücklagen
33 der Stadtkasse können so nicht fortgesetzt werden. Das Rücklagenvolumen soll im Gegenteil
34 für kommende Krisensituationen langfristig wiederaufgebaut werden. Die Koalition
35 verpflichtet sich, zukünftige langfristige Kredite nur für Investitionen unter Berücksichtigung
36 der im Koalitionsvertrag vereinbarten Prioritäten zu verwenden. Eine ökonomisch
37 nachhaltige kommunale Haushaltspolitik verfolgt das Ziel eines Haushalts ohne
38 Neuverschuldung im Ergebnishaushalt zum Ende der Wahlperiode.

39 In der Verwaltung steht die effiziente Aufgabenerfüllung an erster Stelle. Durch konsequente
40 Priorisierungen und Aufgabenkritik, die Digitalisierung der Verwaltungsprozesse und die
41 Umschichtung von Stellen wollen wir einen weiteren Zuwachs im Stellenplan vermeiden, um
42 den Haushaltsrahmen einhalten zu können. Auch der demographische Wandel in der
43 Belegschaft eröffnet aus unserer Sicht hinreichend Spielraum für konsolidierte Haushalte bei
44 gleichzeitiger Veränderung von Schwerpunktsetzungen, insbesondere auf Investitionen in
45 die vereinbarten Zukunftsbereiche.

46 Die Verteilung der Zuständigkeiten im Magistrat ist im Koalitionsvertrag als gemeinsame
47 Entscheidung der Koalition abschließend geregelt. Klare Zuständigkeiten und klare
48 Verantwortlichkeiten in den Dezernaten stellen eine effiziente Amtsführung und einen
49 effizienten Personaleinsatz sicher. Wir haben vereinbart, das Gesamtpersonal der
50 Dezernatsbüros in Summe nicht auszuweiten.

51 [Verkehrspolitik](#)

52 Die Koalitionäre haben verabredet, für Frankfurt unter Einbindung aller Betroffenen ein
53 Gesamtverkehrskonzept unter Einbeziehung externer, unabhängiger wissenschaftlicher

54 Expertise erstellen zu lassen. Alle Menschen sollen frei entscheiden können, welches
55 Verkehrsmittel sie nutzen möchten. Das Ziel besteht darin, alle Verkehrsarten und -wege
56 schneller, ökologischer, sicherer und zuverlässiger zu machen und damit auch
57 Verdrängungseffekte so weit wie möglich auszuschließen. Sämtliche neu zu beschließende
58 dauerhafte bauliche Maßnahmen werden nur auf Grundlage der konkreten Empfehlungen
59 des Gesamtverkehrskonzepts realisiert, lediglich konsensuale bzw. bereits beschlossene
60 Vorlagen können sofort umgesetzt werden.

61 Die Erstellung des für die Stadt Frankfurt dringend benötigten Gesamtverkehrskonzepts folgt
62 den Prinzipien des Sustainable Urban Mobility Plan und bezieht alle relevanten Akteure mit
63 ein. Zu diesen zählen alle Verkehrsteilnehmer, der Wirtschaftsverkehr (unter Einbeziehung
64 der Pendel- und der Güterverkehre), Unternehmensverbände, alle wirtschaftlichen Akteure
65 vor Ort, Tourismus, Versorger, Rettungsdienste genauso wie die Ortsbeiräte. Mit dem
66 Gesamtverkehrskonzept sollen alle Einzelmaßnahmen sinnvoll aufeinander abgestimmt
67 werden.

68 Die Koalition bekräftigt in ihrem Vertrag die herausgehobene Stellung des Frankfurter
69 Flughafens für den Wirtschaftsstandort Frankfurt / Rhein-Main. Das gilt vor allem für die
70 Funktion als internationales Luftdrehkreuz und im Bereich Luftfracht. Der Normalbetrieb des
71 Flughafens ist von 6 bis 22 Uhr. Das Nachtflugverbot ist einzuhalten. Aktuell sind
72 Flugbewegungen in den Nachtrandstunden im begrenzten Maße zulässig. Die Betriebszeiten
73 der sogenannten „Mediationsnacht“ sind geltendes Recht. Neue Geschäftsmodelle, die den
74 Flughafen als zentrale Arbeitsstätte zukunftssicher aufstellen, werden wir unterstützen. Wir
75 fördern die Diversifizierung der Geschäftsfelder.

76 [Rechts- und Sicherheitspolitik](#)

77 Wir wollen die Gefahren für die Demokratie gemeinsam bekämpfen: Rechtsextremismus,
78 Antisemitismus, religiöser und politischer Extremismus, Antiziganismus, Frauenhass sowie
79 Homo- und Transfeindlichkeit. Dabei unterstützen wir die Polizei- und Ordnungsbehörden
80 bei der Erfüllung ihrer Aufgaben zu deren Bekämpfung. Ebenso kooperiert die Stadt

81 vertrauensvoll mit ihren Partnerinnen im Brand- und Katastrophenschutz. Das
82 Zusammenwirken haupt- und ehrenamtlicher Kräfte im Rahmen des Brand- und
83 Katastrophenschutzes zeigt gelebte Solidarität.

84 Hinsichtlich der autonomen Zentren bekräftigen wir die Vereinbarungen des
85 Koalitionsvertrags. Wir wollen für alle Beteiligten Planungssicherheit erreichen und streben
86 dazu verlässliche, dauerhafte rechtliche Vereinbarungen insbesondere in den Bereichen
87 Gebäudesicherheit, Brandschutz und Umweltvorschriften an. Dabei wird den
88 unterschiedlichen Situationen der verschiedenen Zentren Rechnung getragen.

89 Bei der Realisierung der im Koalitionsvertrag vorgesehenen Modell- und Pilotprojekte in der
90 Drogenpolitik stellen wir selbstverständlich die Einhaltung der entsprechenden
91 Rechtsgrundlagen sicher. Eine wissenschaftliche Begleitung und eine Evaluierung aller
92 Modell- und Pilotprojekte sind erforderlich.

93

94 Unter anderem mit diesen Maßnahmen stellen wir sicher, dass die Grundlagen für eine
95 wirtschaftlich, finanziell, sozial und ökologisch nachhaltige Stadtpolitik gelegt werden. In
96 dieser Stadt sollen sich alle Menschen als Individuen frei entfalten können. Dafür braucht es
97 verlässliche Rahmenbedingungen.

98 Diesen Herausforderungen stellt sich die neue Koalition von Grünen, SPD, FDP und Volt.